Dienstag, 9. Juni 1925 · 73. Jahrgang Nr. 269

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

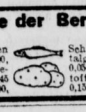
Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Stadtbrot . . 0,50 Weasar . . . obm 0,17
Milch . . . . 0,30 Kaiserbäder . 12½,1
Brikett's Keller Zir 1,57 Straßenbahn . . . 0,25
Gaskoks Keller Zir. 2,22 Hochbahn II 0,25, III 0,15
Strom o Grundzeb . 0,18 Stadtbahn II 0,25, III 0,15
Gas . . . obm 0,18 Omnib. Teil 0,15, g Str 0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zufuhr in Fleisch normal. Preise hoch

Rindfleisch 0,90—1,25, ohne Knochen 1,20—1,60, Kalbfleisch 1,10—3,00, Hammelfleisch 1,00—1,50, Schweinefleisch 0,90—1,20, Getrieefleisch 0,40 bis 0,95, Rückenfett 0,80—1,00, Schweinekiesen 0,85—1,05, Rindertalg ausgel. 0,70—0,80, Salzheringe 0,05—0,10, Butter 1,85—2,20, Kartoffeln 10 Pfd. 0,35—0,40, neue Pfund 0,15—0,30, Zwiebeln 0,15—0,20 d. Pfd.



Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zelt Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpost. 0,35, brief 0,40 Dtschl., Belg., Dän., Danz. Lit.,
Postk. 0,05, F. u. Osten 0,05 Ausl. 0,10, Frankr. 0,15
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung 0,10 Dtschösterr., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern- u. Ost 0,10 Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl 0,25, Tschech u Ung 0,20 Russl 85-41 Ver Staat 125-200

Die „Einigung" von Genf

Die Erklärungen Briands und Chamberlains – Die Rolle des Völkerbundes – Keine Begeisterung in England

Paris, 9. Juni.

In der Pariser Presse wird die Verständigung zwischen Frankreich und England über die Antwort auf den deutschen Vorschlag eines Garantiepaktes mit großer Befriedigung begrüßt. Nur die Blätter der Opposition, allen voran das „Echo de Paris", kommentieren das Ereignis als das Ende jeder unabhängigen und vormärtsstrebenden französischen Politik. Jules Sauerwein drückt im „Matin" eine ganz andere Meinung aus. Für ihn ist die Einigung, die Briand erreicht hat, „ganz einfach das größte diplomatische Ereignis nach dem Kriege". Sauerwein schildert die innere Erregung Briands bei Ankündigung des Erfolges. Briand sagte zu den Journalisten, die ihn umgaben: **„Es ist erstaunlich, den Vertretern der Presse sagen zu müssen, daß alles glatt geht, aber ich kann es doch nicht verschweigen, daß Herr Chamberlain mit uns über die Antwort an Deutschland völlig einig ist."** „Ja, vollkommen einig" — bestätigte Chamberlain.

„Wir werden die Antwort in kürzester Frist übersenden," fuhr Briand fort. „Sie wird im Namen Frankreichs abgefaßt sein, aber im Sinne aller Verbündeten." Briand lehnte es ab, über Einzelheiten zu sprechen, ehe Deutschland informiert wäre. Er sagte: „Aber ich glaube fest daran, daß wir zu einer Verständigung mit Deutschland kommen werden, und ich wünsche diese Verständigung, denn es wird Deutschland in weitherziger, loyaler und ehrlicher Form Gelegenheit geboten, sich an einen auf solider Grundlage ruhenden Frieden zu beteiligen."

„Ich schließe mich den Worten des Präsidenten Coolidge und Ihrem vollen Inhalt an," erklärte Chamberlain. **Briand schloß: „In dem Abkommen, über das wir uns geeinigt haben, soll dem Völkerbund ein weiter Platz eingeräumt werden.** Ueber die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde hat zwischen Großbritannien und uns niemals Uneinigkeit bestanden. Der Wunsch, daß Deutschland dem Völkerbunde beitreten soll, ist allgemein. Unsere Antwort wird, wie ich hoffe, dazu beitragen, den Eintritt Deutschlands zu beschleunigen. **Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Bunde ist die Voraussetzung für den Abschluß eines Garantiepaktes."**

Diese Erklärung Briands läßt ungefähr erkennen, auf welcher Basis die Einigkeit erfolgt ist. Alle Schwierigkeiten, die noch bestanden, sind dem Völkerbund zur Schlichtung übertragen worden, dessen Statut das Gesetzbuch des neuen Friedens bilden soll.

Die Gegenvorschläge der Verbündeten für den Abschluß eines Paktes werden ungefähr die folgenden sein: **„Die Westgrenze wird von England mit seiner ganzen Streitmacht garantiert.** Frankreich und Belgien dürfen sich 30 Jahre lang vor deutscher Bedrohung sicher fühlen, da ein Angriff automatisch die aktive Unterstützung Englands herbeiführt. **Die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei garantiert England nicht.** Die Garantie für diese Grenzen leistet der Völkerbund, **aber England wird nichts dagegen einwenden, daß Frankreich durch das neutralisierte Rheinland Hilfstruppen für seine Verbündeten im Osten marschieren läßt, falls ein unzweifelhafter Angriff Deutschlands gegen Polen und die Tschechoslowakei erfolgt.** Dieser Sicherheitspakt wird von Deutschland und England nur dann unterschrieben, wenn Deutschland dem Völkerbunde beitritt. Der Pakt wird durch Schiedsgerichtsabkommen zwischen Deutschland und den im Pakt nicht vertretenen Staaten ergänzt.

Soweit die französischen Mitteilungen über den Pakt. Die Entscheidung Deutschlands wird natürlich im wesentlichen von dem Eindruck abhängen, den die französische Antwort ihrer Form und ihrem Inhalte nach auf die öffentliche Meinung des Reiches macht.

Mißtrauen und Kritik in London

London, 9. Juni. (W. T. B.)

Die offiziöse französische Version der Agentur Havas über die zwischen Chamberlain und Briand in Genf erzielte Abkommen in der Frage des Sicherheitspaktes erregt in der Presse großes Aufsehen und wird von verschiedenen Blättern bereits kritisiert.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, der Havasbericht **enthalte keine Andeutung, daß der Pakt gegenseitig sei und daß Großbritannien sich verpflichte, Deutschlands Westgrenzen eine Garantie zu geben,** die der entspricht, die es bereit ist, Frankreich und Belgien zu geben. Gegenseitigkeit sei aber die Grundlage der ursprünglichen Vorschläge und auch der britischen Politik gewesen.

Zweitens sei bemerkenswert, daß nichts von einem Einschluß Italiens in den Pakt erwähnt werde, das von Deutschland eingeladen wurde, dem Pakt beizutreten und das durch Mussolini den nachdrücklichen Wunsch darauf betont habe.

Der Berichterstatter betont außerdem, daß im Zusammenhang mit **den Ostgrenzen die Ausdrucksweise bezüglich der allgemeinen Verpflichtungen der Mitglieder des Völkerbundes ziemlich unbestimmt sei, der Ausdruck „offenkundiger Angriff", verdiene sorgfältig definiert zu werden.**

Der „Daily Graphic" sagt in einem Leitartikel, **es sei hohe Zeit, daß das britische Volk über den Westpakt unterrichtet werde, da das französische Auswärtige Amt in der letzten Woche derart phantastische Berichte veröffentlicht habe, daß die öffentliche Meinung bestürzt und besorgt sei.** Diese Besorgnisse seien durch die Havasveröffentlichungen verstärkt worden. Sei diese richtig, so handle es sich um ein Bündnis, unter dem Großbritannien verpflichtet sei, alle seine Streitkräfte zur Verteidigung Frankreichs aufzubieten, wenn es von jenseits des Rheins angegriffen werde. **Die zukünftige Grenze Englands werde nicht mehr der Kanal, sondern der Rhein sein.** Während aber französische Truppen nach Deutschland eindringen könnten, dürften deutsche Truppen nicht nach Frankreich marschieren.

„Daily Chronicle" schreibt, man müsse vor diesem Abkommen auf der Hut sein. Wenn Chamberlain seinen Impulsen folgen könnte, so würde er Großbritannien weitergehend verpflichten, als die öffentliche Meinung dieses billige. Es sei aber zu erwarten, daß Chamberlain bei seinen Kollegen Widerstand finden werde. Jedoch müßte dieser durch öffentliche Kritik unterstützt werden.

*

Scialoja ist beunruhigt

Genf, 8. Juni. (W. T. B.)

Das italienische Ratsmitglied Scialoja hatte eine längere Unterredung mit Briand und Chamberlain, die der Frage des Sicherheitspaktes galt. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, daß diesen Besprechungen der in dem deutschen Memorandum enthaltene Vorschlag zugrunde lag, und daß eine Ausschaltung Italiens vom Garantiepakt in keiner Weise in Frage komme.

Das Schlußwort des Kontrollberichts

„Das allgemeine Bedürfnis nach Entspannung"

Paris, 9. Juni. (W. T. B.)

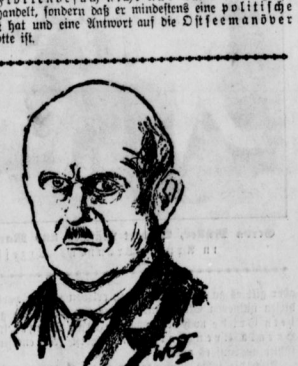
In dem von der französischen Regierung der Presse übermittelten Bericht der interalliierten Kontrollkommission heißt es zum Schluß:

„Die Kommission, wie in der Vergangenheit von dem Geiste der Anpassung beseelt, wird sich bemühen, die Forderungen der Mission, die ihr vom Friedensvertrag anvertraut ist, in Einklang zu bringen mit den Rücksichten, die die neuen Umstände und das allgemeine Bedürfnis nach Entspannung anempfehlen. Aber die Kommission kann aus eigener Initiative nur erklären, daß die militärischen Klauseln des Friedensvertrags erfüllt sind, wenigstens ihrem Geiste nach, sobald die Korrekturen, deren Notwendigkeit die Generalinspektion ergeben hat, genügend gefördert sind, damit man endlich das Stadium der Entwaffnung erreicht, das der Friedensvertrag gewollt hat und von dem Deutschland sich noch entfernt befindet."

Eine englische Flottendemonstration in der Ostsee

Kopenhagen, 8. Juni.

Das zweite englische Kreuzergeschwader, bestehend aus 6 Kreuzern und 8 Torpedobooten, ist heute zu einem Besuch in Kopenhagen eingetroffen. Die russischen Blätterneldungen, daß England sich mit Estlands Billigung eine Flottenbasis auf den Inseln Oesel und Dagö zu schaffen gedenke, ist von der esthischen Presse dementiert worden, doch ist wohl sicher, daß es sich bei diesem Flottenbesuch nicht nur um einen Höflichkeitsakt handelt, sondern daß er mindestens eine politische Nebenabsicht hat und eine Antwort auf die Ostseemanöver der russischen Flotte ist.



Reichstagsabgeordneter Dr. Best,
der den deutschnationalen Wählerbetrug nicht mitmachen wollte und deshalb aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausschied

Schnelldienst

Wie die römischen Blätter melden, haben die Führer der sozialistischen Opposition um eine Audienz beim König nachgesucht. Bisher ist noch keine Antwort vom König eingetroffen.

Gestern wurde im Rom der Universitätsprofessor Gaetano Salvemini verhaftet, weil er, wie aus einem Prozeß in Florenz hervorging, ein geheimes „antinationales" Flugblatt inspiriert.

Das serbische Parlament hat eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die militärische Dienstpflicht eingeführt wird.

In Sparta fand gestern die feierliche Eröffnung der neuen Eisenbahnverbindung Spezia—Brenner über Verona, Mantua und Suzzara statt.

Anläßlich des Jubiläums des Königs von Italien fand im Garten des Quirinals in Rom ein Gartenfest statt.

Gestern wurde der holländische Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Siam unterzeichnet.

Der Finanzminister Caillaux wird im heutigen Ministerrat Angaben über die finanzielle Lage Frankreichs und den Plan zur Sanierung machen.

Unter Teilnahme von etwa 4000 Personen fand in Flensburg die Jahresversammlung der im deutschen Schleswig wohnenden Dänen statt.

Deutschnationale Wahlversprechungen sind bedeutungslos

Best über das Verhalten der Deutschnationalen

Der Vorkämpfer einer individuellen Aufwertung, Reichstagsabgeordneter Dr. Best, ist bekanntlich aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden, da sie die ihm und den Wählern gegebenen Wahlversprechungen nicht erfüllt hat. Dr. Best veröffentlicht nun eine Erklärung, in der er über die Unehrlichkeit der deutschnationalen Agitationspolitik interessante Aufschlüsse gibt. Er teilt mit, die deutschnationale Fraktion habe dem Sparerbunde vor der Dezemberwahl erklärt, sie werde unter voller Berücksichtigung seines Entwurfes bemüht sein, die durch die dritte Steuernotverordnung beseitigten Rechte wieder herzustellen und soweit wirksam zu machen, als die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatteten. Hergt hatte sich zudem im „Tag" ausdrücklich gegen eine schematische Regelung und für die individuelle Aufwertung ausgesprochen. Im Wahlreden und Wahlflugblättern hatten die Deutschnationalen versprochen, für die Durchführung seines Entwurfes einzutreten. Die Zuverlässigkeit ihres Versprechens glaubte Best daraus herleiten zu können, daß er an sicherste Stelle auf die Reichsliste gesetzt war. Best fährt dann in seiner Erklärung folgendermaßen fort:

„Bei meinem Eintritt in die Fraktion wurde nur dann auch von den verschiedensten Seiten bestätigt, daß wohl auf keinen Namen bei den Wahlen so häufig wie auf den meinen Bezug genommen worden sei. Gleichwohl wurde das Verlangen, meinen Entwurf alsbald einbringen zu dürfen, anfangs höflich und dann immer ungeduldiger mit der Begründung zurückgeschoben, daß die Regierungsbildung vorerst für derartige Dinge keine Zeit lasse. Die Unterstützung Dr. Luthers als Reichskanzler mußte mich um so mehr befremden, als die Partei während der Wahlen den Rücktritt des Finanzministers Dr. Luther, als des Vaters der 3. Steuernotverordnung, unbedingt verlangt hatte. Auch befremdete es mich in hohem Maße, daß **von den leitenden Männern der Fraktion ausgesprochen wurde, daß Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatsrücksichten zurückzutreten hatten.** Als ich auf Einreichung meines Entwurfes immer mehr drängte, wurde ich schließlich abschlägig beschieden, und die Herren, die meinen Entwurf unterstützt hatten, zogen auf Verlangen der Fraktion ihre Unterschrift zurück. Erst als ich ausdrücklich erklärte, daß ich sofort mit Unterstützung der Deutschvölkischen Partei meinen Entwurf einbringen werde, wurde dessen Einbringung mit Unterstützung von Fraktionsmitgliedern gestattet. Im höchsten Maße unsittlich war es auch für mich, daß bei zwei Gelegenheiten, in denen ich als Führer der Aufwertungsbewegung das dringende Verlangen haben mußte, im Plenum des Reichstags meine Anschauungen zur Geltung zu bringen, **mir das Reden seitens der Fraktion untersagt wurde** und ich nur gegen die ausdrückliche Anordnung der Fraktion zum Reden kam."

Im Aufwertungsausschuß blieb der Bestsche Entwurf auf Verlangen der Fraktion im Schubfach liegen; als schließlich die Verhandlungen der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler einsetzten, blieben die anerkannten Aufwertungsfreunde unberücksichtigt, und die Verhandlungen wurden von solchen Abgeordneten geführt, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ein erhebliches Interesse hatten. Man versteht es, wenn Herr Best, nachdem führende Deutschnationale ihre Zusagen selbst für bedeutungslos erklärt hatten, seinerseits sich an das Versprechen der Mandatsniederlegung nicht gebunden erachtete. Unverständlich freilich ist es, daß er zu den Völkischen gegangen ist, wo er dieselben schlimmen Erfahrungen machen würde, falls sie an die Macht kämen.

*

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags nahm den § 6 über die Aufwertung von Ansprüchen aus Pfandbriefen, Schuldverschreibungen und ähnlichen Urkunden in einer von der Regierungsvorlage abgeänderten Form an. Danach wird bei Pfandbriefen zwischen Altbesitz und Neubesitz nicht unterschieden. Der § 7 (Aufwertung von Spartassenguthaben) wurde nach den Vorschlägen der Regierung angenommen.

Der Verlust des Kreises Liebenwerda. Zu den Meldungen über finanzielle Verluste des Kreises Liebenwerda teilt der Vor-